

## Verbraucherpreise in Deutschland

Im abgelaufenen Jahr hat sich in Deutschland der Preisauftrieb auf der Verbraucherstufe deutlich beschleunigt. Maßgeblich hierfür war die kumulative Wirkung von Euro-Schwäche und Ölpreisexplosion. Gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte stiegen die Preise im Jahr 2000 um 1,9 %, gemessen am harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland sogar um rund 2 %, gemessen am Deflator der privaten Konsumausgaben allerdings nur um 1,4 %. In regionaler Abgrenzung verteuerte sich die Lebenshaltung in Westdeutschland um 2,0 %, in Ostdeutschland um 1,7 %. Worin unterscheiden sich die in der Öffentlichkeit vielbeachteten Preisindizes?

Auf der Verbraucherstufe wird in Deutschland die Veränderung der Preise von Waren und Dienstleistungen seit Juni 1948 üblicherweise durch den *Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte* gemessen (vgl. Tab. 1). Dieser Index erfasst die monatliche Preisveränderung einer repräsentativen Auswahl von im Inland angebotenen Konsumgütern (Warenkorb) auf der Grundlage des durchschnittlichen Konsumverhaltens der privaten Haushalte im Jahr 1995 (konstantes Wägungsschema). Gegenwärtig werden dezentral von den Statistischen Landesämtern in 118 westdeutschen Gemeinden und in 72 ostdeutschen Gemeinden rund 350.000 Einzelpreise für ca. 750 Güter erhoben. Die Berechnung des Bundesergebnisses erfolgt seitens des Statistischen Bundesamts. Unberücksichtigt bleiben bei diesem Preisindex vom Laspeyres-Typ zwischenzeitliche Änderungen des Konsumverhaltens aufgrund veränderter Preise oder Präferenzen sowie die Reiseausgaben deutscher Touristen im Ausland. Dagegen werden die Reiseausgaben ausländischer Besucher in Deutschland berücksichtigt (Inlandskonzept).

Für die Überwachung der Preisstabilität in der Euro-Zone wird seit Mai 1998 vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) ein harmonisierter Verbraucherpreisindex für die Teilnehmerländer der Währungsunion (HVPI-EWU) auf der Basis einzelner Länderergebnisse veröffentlicht. Der *deutsche HVPI* wird monatlich vom Statistischen Bundesamt für Eurostat ermittelt. Harmonisierte Verbraucherpreisindizes sind entwickelt worden, um im Vorfeld der Entscheidung zur Währungsunion das Konvergenzkriterium „Preisstabilität“ in Europa nach *einheit-*

*lichen Maßstäben* messen zu können. Inzwischen ist der HVPI-EWU einer der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euro-Raum geworden.

Wegen der zum Teil beträchtlichen Unterschiede in den Verbraucherpreisindizes der Mitgliedsstaaten (bedingt durch voneinander abweichende Warenkörbe bzw. Wägungsschemata) wurde bislang eine vollständige Harmonisierung der nationalen HVPI noch nicht erreicht. Die Unterschiede sind zum einen historisch bedingt, zum anderen spiegeln sich in ihnen unterschiedliche gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder Strukturen der statistischen Systeme wider. Der deutsche HVPI umfasst zur Zeit nahezu 90 % des Gewichtungsschemas des Preisindex für die Lebenshaltung. In einem stufenweisen Verfahren wird der Erfassungsbereich nach und nach erweitert. Anfang 2001 wurden u. a. in den HVPI die Ausgaben für Krankenhausdienstleistungen, stationäre Unterbringung und Pflege aufgenommen (vgl. Tab. 1).<sup>1</sup>

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wird vom Statistischen Bundesamt auf Vierteljahresbasis zudem ein Preisindex für die *privaten Konsumausgaben* ermittelt. Dieser Index unterscheidet sich vom Preisindex für die Lebenshaltung einmal dadurch, dass er sich auf den gesamten Verbrauch der privaten Haushalte (also einschließlich der Organisationen ohne Erwerbszweck) bezieht, und dass aktuelle Veränderungen der Verbrauchsstruktur berücksichtigt sind (Paasche-Preisindex). Zudem enthält der Konsumdeflator die Reiseausgaben inländischer Haushalte im Ausland (Inländerkonzept). Nicht berücksichtigt werden jedoch u. a. Käufe von

<sup>1</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse, 15. Februar 2001.

Tab. 1

## Verbraucherpreisentwicklung in Deutschland nach unterschiedlichen Abgrenzungen

	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100)	Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI) (1996 = 100)	Deflator der privaten Konsumausgaben (1995 = 100)
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
1996	1.4	1.2	1.7
1997	1.9	1.5	2.0
1998	1.0	0.6	1.1
1999	0.6	0.6	0.3
2000	1.9	2.1	1.4

Quelle: Eurostat, Statistisches Bundesamt.

ausländischen Touristen im Inland sowie Käufe von inländischen Privathaushalten bei anderen privaten Haushalten (z. B. gebrauchte Pkw).

Aufgrund der unterschiedlichen Abgrenzungen entwickeln sich die drei Preisindizes in aller Regel mit unterschiedlichen Raten: Im Jahresdurchschnitt 2000 stieg z. B. der harmonisierte Preisindex HVPI in Deutschland geringfügig (um 0,2 Prozentpunkte) stärker als der Preisindex für die Lebenshaltung (vgl. Abb. 1). Maßgeblich hierfür waren die unterschiedlichen Erfassungsbereiche der beiden Preisindizes; so sind im HVPI-Deutschland die 1999 unterdurchschnittlich gestiegenen Preise für das Wohnen im eigenen Heim (unterstellte Mieten) sowie für stationäre Gesundheitsdienstleistungen noch nicht erfasst.<sup>2</sup> Um 1/2 Prozentpunkt günstiger verlief hingegen im abgelaufenen Jahr die Inflationsentwicklung auf der Basis des Deflators der privaten Konsumausgaben. Hierzu hat beigetragen, dass die ölpreis- und abwertungsbedingte Verteuerung von Energieträgern die privaten Haushalte zu beträchtlichen Mengeneinsparungen veranlasste. Damit erhielt diese Gütergruppe im Preisindex für den privaten Konsum ein niedrigeres Gewicht. Umgekehrt führten die Preissen-

kungen im Telekommunikationssektor zu einem kräftigen Mehrverbrauch, was das Gewicht dieses Segments im Deflator erhöhte. Beides dämpfte die Preisänderungsrate des privaten Konsums im Vergleich zum Preisindex für die Lebenshaltung, auf den derartige Nachfrageschiebungen aufgrund des festen Wägungsschemas keinen Einfluss haben.

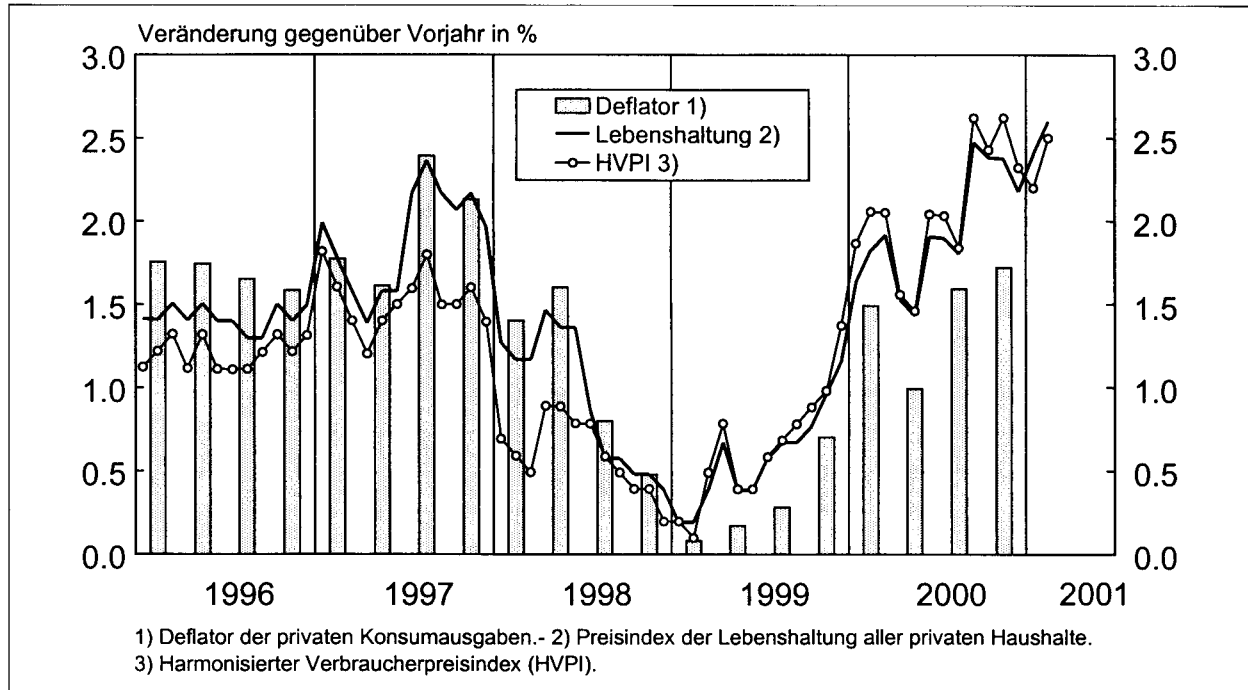
### Sonderfall Ostdeutschland

Neben den gesamtdeutschen Preisindizes werden vom Statistischen Bundesamt jeden Monat regionale Indizes für West- bzw. Ostdeutschland veröffentlicht. Auf Bundesländerebene gibt es darüber hinaus zum Teil noch länderspezifische Preisindizes, so etwa in Sachsen. Der Nachweis regionalisierter Preisindizes für West- und Ostdeutschland war deshalb erforderlich, weil die Preisentwicklung (und auch die Verbrauchsgewohnheiten) in beiden Teilen Deutschlands überaus unterschiedlich waren. So sind die Lebenshaltungskosten in Ostdeutschland in der ersten Jahren nach der Wiedervereinigung deutlich stärker gestiegen als in Westdeutschland. Maßgeblich hierfür war die schrittweise Anhebung von vormals massiv heruntersubventionierten Preisen (insbesondere Ver-

<sup>2</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Beuerlein, I., „Preise im Mai 2000“, *Wirtschaft und Statistik*, Juni 2000, S. 467.

Abb. 1

Inflationsraten in Deutschland



Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

kehr- und Posttarife sowie Wohnungsmieten), um zu kostendeckenderen Marktpreisen zu gelangen.

Seit geraumer Zeit hat sich die Preisentwicklung in beiden Teilregionen Deutschlands allerdings weitgehend angeglichen (vgl. Tab. 2).<sup>3</sup> Im Jahresdurchschnitt 2000 stiegen die Verbraucherpreise in Westdeutschland um 2,0 %, in Ostdeutschland um 1,7 % und in Sachsen um 1,8 %. Maßgeblich für die geringere Teuerungsrate in Ostdeutschland war, dass die privaten Haushalte von der Ölverteuerung wegen des hier geringeren Anteils des Heizöls an den gesamten Konsumausgaben (Anteil Ost: 2,84 Promille, Anteil West: 6,51 Promille) finanziell weniger betroffen waren als die westdeutschen Haushalte (vgl. Tab. 2).

Trotz des im Durchschnitt höheren Preisanstiegs blieb das Verbraucherpreisniveau in den neuen Bundesländern insbesondere wegen der hier geringeren Mieten niedriger als im Westen. Amtliche Angaben für den zwischenörtlichen Preisvergleich in Deutschland gibt es allerdings nur für das Stichjahr 1993. In Ergänzung zur amtlichen Statistik hat das ifo Institut deshalb für den Zeitraum 1991 bis 2000 regionale Verbrauchergeldparitäten berechnet.<sup>4</sup> Die in Tabelle 3 ausgewiesenen Verbrauchergeldparitäten geben an, welche DM-Beträge in Ostdeutschland (bzw. in Sachsen) erforderlich sind, um eine Gütermenge (bestimmter Qualität), die in Westdeutschland 100 DM kostet, zu erwerben. Der Kehrwert der Verbrauchergeldparität ist ein Maß für die Kaufkraft der D-Mark in den unter-

<sup>3</sup> Nach Auskunft des Statistischen Bundesamts werden deshalb die Verbraucherpreisindizes für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder (einschließlich Ostberlin) ab dem Jahr 2003 nicht mehr zur Verfügung stehen.

<sup>4</sup> Grundlage der Berechnungen war der zwischenörtliche Vergleich des Verbraucherpreisniveaus des Statistischen Bundesamts im Jahr 1993. Die Einzelergebnisse wurden auf Ebene der SEA-Hauptgruppen zusammengewogen und mit den jahresdurchschnittlichen Veränderungsdaten der amtlichen Verbraucherpreisindizes (auf Preisbasis 1991) bis zum Jahr 1998 fortgeschrieben bzw. bis 1991 zurückgerechnet. Aufgrund der Umstellung der amtlichen Preisstatistik auf die nunmehr international gültige COICOP-Abgrenzung und des Wechsels des Preisbasisjahrs auf 1995 konnten die Angaben für die Jahre 1999 und 2000 nur noch überschlägig geschätzt werden. Zur Methodik im Detail siehe Nierhaus, W., (1997) „Wie stark ist die D-Mark in Sachsen? – Ein Kaufkraftvergleich mit Westdeutschland“, ifo Dresden berichtet, 4 (2), S. 10 ff.

Tab. 2

## Regionale Verbraucherpreisentwicklung in Deutschland

	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Westdeutschland (1995 = 100)	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Ostdeutschland (1995 = 100)	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte Sachsen (1995 = 100)
	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr		
1992	3.9	13.4	14.0
1993	3.6	10.6	10.5
1994	2.7	3.6	3.6
1995	1.6	1.9	2.2
1996	1.3	1.9	2.1
1997	1.9	2.3	2.4
1998	0.9	1.1	1.1
1999	0.7	0.4	0.4
2000	2.0	1.7	1.8

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen.

schiedlichen Regionen. Zur Zeit dürfte die Kaufkraft der D-Mark in Ostdeutschland um 9 % (Sachsen: knapp 8 1/2 %) höher sein als in den alten Bundesländern (vgl. Tab. 3).

### Ausblick

Am Jahresanfang 2001 ist die dritte Stufe der ökologischen Steuerreform<sup>5</sup>, in Kraft getreten, die Kraftstoffe und Strom wie schon im letzten Jahr fiskalisch teurer machte (rechnerischer Beitrag zur Inflationsrate: 0,2 Prozentpunkte). Zugleich wurden die Kraftfahrzeugsteuer (für ältere und weniger schadstoffarme Pkw) sowie die Rundfunk- und Fernseh-

gebühren angehoben (Beitrag zur Inflationsrate: 0,3 Prozentpunkte). Insgesamt stieg im Januar 2001 der Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum im Bundesgebiet um 2,4 %; der harmonisierte Verbraucherpreisindex um 2,2 %. Die niedrigere Steigerungsrate beim HVPI-Deutschland ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Erhöhung der Kfz-Steuer in diesem Index nicht wirksam wurde.<sup>6</sup> Was die regionale Preisentwicklung anbetrifft, so erhöhte sich in Westdeutschland im Januar 2001 der Preisindex für die Lebenshaltung im Vorjahresvergleich um 2,4 %; in Ostdeutschland und in Sachsen um 2,5 %. Amtliche Angaben für den Deflator des privaten Verbrauchs

<sup>5</sup> Zu den Ökosteuurmaßnahmen, die die privaten Haushalte in Deutschland seit April 1999 betreffen, zählen die sukzessive Erhöhung der Mineralölsteuer und die Einführung einer Stromsteuer. Das zusätzliche Steueraufkommen wird zur Senkung der Sozialversicherungsbeiträge verwendet. Zum Jahresanfang 2001 wurde die Mineralölsteuer auf Benzin und Dieselmotorkraftstoff erneut um 6 Pfennig pro Liter angehoben, und die Steuer auf Strom stieg um 0,5 Pf/kWh, was zusammengenommen das Verbraucherpreisniveau um 0,2 % erhöhte.

<sup>6</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, Mitteilung für die Presse, 25. Januar 2001.

Tab. 3  
**Entwicklung der Verbrauchergeldparität<sup>a)</sup>**  
 Westdeutschland = 100

	Ostdeutschland	Sachsen
1991	76.3	76.1
1992	85.7	86.0
1993	90.3	90.4
1994	90.9	91.1
1995	91.1	91.5
1996	91.6	92.1
1997	92.0	92.5
1998	92.3	92.8
1999	92.0	92.5
2000	91.7	92.3
<b>a) Geometrisches Mittel der Verbrauchergeldparitäten nach ostdeutschem bzw. westdeutschem Warenkorb (Fisher-Verbrauchergeldparitäten)</b>		

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Berechnungen des ifo Instituts.

gibt es naturgemäß erst mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) für das erste Vierteljahr 2001 (Ende Mai). Es ist damit zu rechnen, dass die Abweichungen

zu den Ergebnissen der Lebenshaltung im laufenden Jahr allmählich kleiner werden. Die Anhebung der Kfz-Steuer lässt allerdings den Verbrauchsdeflator unberührt, weil diese Steuer (in VGR-Abgrenzung) nicht den privaten Konsumausgaben, sondern den verbrauchsnahen Steuern zugerechnet wird, d. h. die verfügbaren Einkommen mindert.

Nach dem starken Inflationsschub im Februar 2001, bei dem die Steigerungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung im Bundesgebiet mit 2,6 % (Ostdeutschland: 2,7 %; Sachsen: 2,8 %) den höchsten Wert seit Dezember 1994 erreichte, dürften die Preise im weiteren Jahresverlauf allmählich wieder langsamer steigen. Entscheidend hierfür ist, dass der Preisdruck aus dem Ausland angesichts etwas niedrigerer Rohölpreise<sup>7</sup> und einer günstigeren Wechselkursrelation des Euro nachlassen wird. Hinzu kommt, dass die Lohnstückkosten wegen der moderaten Lohnabschlüsse, die in vielen Tarifbereichen bereits vorliegen, und der – im Zusammenhang mit der Ökosteuer – verminderten Beitragssätze zur Rentenversicherung kaum höher als im Jahr 2000 sein werden. Insgesamt dürften die Verbraucherpreise im Bundesgebiet – gemessen am Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte – im Jahresdurchschnitt 2001 um rund 2 % steigen.

Wolfgang Nierhaus

## Der Arbeitsmarkt in Sachsen – Regionale Aspekte der Unterbeschäftigung

### Schatten auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland

Die Konjunkturuntrübung im zweiten Halbjahr 2000, die für den Monat Februar typischen ungünstigen Einflüsse durch das Winterwetter und auch die Folgen der BSE-Krise haben zuletzt Schatten auf den deutschen Arbeitsmarkt geworfen. Zwar lag die Arbeits-

losigkeit Ende Februar mit insgesamt 4,113 Mill. registrierten Arbeitslosen weiterhin auf dem niedrigsten Stand seit 1995, jedoch war die jüngste Entwicklung schlechter als in den vergangenen vier Jahren. Während zuletzt war ein Anstieg der Erwerbslosenzahl gegenüber dem Vormonat um 19.400 zu verzeichnen war, sank die Zahl der Arbeitslosen im

<sup>7</sup> Hier wird ein Rohölpreis von 25 US-Dollar je Barrel (Jahresdurchschnitt 2001) angenommen. Diese Preissetzung liegt in der von der OPEC angestrebten Bandbreite von 22 bis 28 Dollar.